

Prof. Dr. Wolfgang Däubler

Kurzbericht zur Reise nach Mexiko, Ecuador, Perú und Brasilien  
vom 6. - 23. Mai 2002

Die Reise hatte wie ähnliche frühere Vorhaben den Gegenstand „Arbeitsrecht“ und „Gewerkschaftspolitik“. Zu beidem fand ein Informations- und Meinungsaustausch mit Entscheidungsträgern in dem jeweiligen Land statt. Ziel war es, durch das Einbringen von Informationen und Erfahrungen aus Europa die in dem jeweiligen Land geführten Diskussionen anzureichern. Von praktischer politischer Bedeutung ist dies insbesondere in Mexiko und Peru, wo derzeit wesentliche Veränderungen der Arbeitsbeziehungen auf der Tagesordnung stehen.

Die Stiftung hat in allen vier Ländern gute Kooperationsbeziehungen sowohl mit Gewerkschaften wie auch mit den einschlägig befassten staatlichen Stellen (Arbeitsministerium, Parlamentsausschüsse). Dies machte es möglich, Veranstaltungen und Gespräche mit hochrangigen Persönlichkeiten des Gastlandes zu führen. So fand etwa das in Mexiko veranstaltete Seminar unter Beteiligung des stellvertretenden Arbeitsministers und des führenden Juristen der unabhängigen Gewerkschaften statt. In Ecuador nahm ich an einer Podiumsdiskussion mit dem Arbeitsminister und je einem Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite teil. In Peru konnte ich vor dem Arbeits- und Sozialausschuss des Parlaments über Probleme der Arbeitsgesetzgebung referieren und hatte ein eingehendes Gespräch sowohl mit der Gesetzgebungsabteilung im Ministerium wie mit dem Minister selbst. In Brasilien war u. a. der Vorsitzende der Metallarbeiter-Gewerkschaft Teilnehmer des Seminars.

Die Diskussionen verliefen durchweg in einer sehr offenen Atmosphäre. Insbesondere in Peru konnte man den Eindruck gewinnen, dass nicht nur ein „Grundinteresse“ an europäischen Entwicklungen bestand, sondern dass auch einzelne Argumente im Hinblick auf die dort anstehende Gesetzgebungsarbeit aufgegriffen wurden. Dies gilt insbesondere für das Gespräch auf Referentenebene im peruanischen Arbeitsministerium, das auf Wunsch des Partners stattfand und wo mir zahlreiche Fragen präsentiert wurden, über die man gerade bei der Vorbereitung des neuen Arbeitsgesetzes ~~grübelte~~. nachdachte

Der Meinungs-austausch nimmt je nach Thema eine unterschiedliche Intensität, aber auch eine unterschiedliche Qualität an. Dies wurde besonders deutlich während des kurzen Aufenthalts in Brasilien. Zum Gegenstand „Internationalisierung des Arbeitsrechts“ fand mit Gewerkschaftern und ihnen nahestehenden Juristen ein höchst fruchtbarer Austausch statt. Das Thema „Demokratie im Betrieb“ fand demgegenüber nur eine scheinbare Resonanz: Die durchaus angeregte Diskussion beschränkte sich im Wesentlichen darauf, die schlimmen Zustände im Betrieb zu beklagen und eine bessere Zukunft zu beschwören; konkrete Vorschläge, die ich gerade im Hinblick auf die brasilianische Situation gemacht hatte, wurden überhaupt nicht aufgegriffen. Das fehlende Verweigerungs- und Gegenmachtpotenzial von Gewerkschaften im Betrieb scheint ein Tabuthema zu sein. Dies geht so weit, dass die CUT nicht einmal Vorstellungen für den (nicht unwahrscheinlichen) Fall entwickelt hat, dass sich nach den Präsidentenwahlen Ende September die politischen Verhältnisse wesentlich ändern. Das Tabu lässt sich auch nicht durch nachhaltiges Insistieren und „frontales Angehen“ der Problematik brechen. Einen ähnlichen Eindruck hatte ich bei der Gewerkschaftskonferenz in Lima, auf der Vertreter aus Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela und Bolivien anwesend waren und wo es um das Thema „Kollektivverhandlungen“ ging. Diese Situation steht in einem eigenartigen Kontrast zu meiner wenige Wochen

zuvor in Vietnam gemachten Erfahrung, wo sich trotz der Sprachbarriere betriebliche Erfahrungen aus Deutschland sehr gut diskutieren und in den Argumentations- und Handlungskatalog der betrieblichen Gewerkschaftsvertreter aufnehmen ließen.

Die gute Verankerung der Stiftung im jeweiligen Gastland machte es möglich, auch ein wenig Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Die mexikanische Zeitschrift „Evidencias“ veröffentlichte ein eingehendes Interview mit mir, dasselbe geschah in Lima mit der weit verbreiteten Zeitung „La Republica“.

Eine Fortführung der Rechtsberatung bietet sich in Mexiko und insbesondere in Peru an. Was Brasilien angeht, so können die konzeptionellen Defizite der Linken nicht von hier aus beseitigt werden. Immerhin wäre es denkbar, dass man nach einem Regierungswechsel plötzlich einen Regelungsbedarf wahrnimmt; insoweit müsste dann ein kurzfristiger Einsatz in Erwägung gezogen werden.

Was die zentrale Frage der gewerkschaftlichen Verankerung im Betrieb angeht, so sollte man insbesondere die (sicherlich vorhandenen) positiven Beispiele in Lateinamerika auswerten, um auf diese Weise auch in anderen Bereichen einiges in Bewegung zu bringen. In der Gegenwart besteht die Gefahr, dass Gewerkschaften sich als Lobby-Organisationen begreifen, die zu beliebigen Bedingungen für die eigene Klientel etwas zu erreichen suchen. Ein Beispiel hierfür könnte das Verhalten der größten venezolanischen Gewerkschaft sein (mit der die Stiftung gute Beziehungen unterhält), die im Rahmen des Drei-Tage-Putsches gegen Chávez mit rechtsradikalen Militärs gemeinsame Sache machte. Dies lässt sich sicherlich nicht auf andere Länder übertragen, doch verweist es letztlich auf geringe eigene Handlungsmöglichkeiten, deren Verbesserung noch stärker als bisher im Mittelpunkt der Kooperation stehen müsste.